

# ArbeitnehmerReport

Informationsdienst der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Inhalte dieser Ausgabe

Gespräch der Arbeitnehmergruppe mit Prof. Köhler

Arbeitsrecht: Gebrochene Wahlversprechen

Arbeitsmarkt: Hartz-Reform gescheitert

Eigenheimzulage: Dritter Angriff von Rot-Grün

Managergehälter: „Maß und Mitte“ – Von Friedrich Merz

## Termine

2./3. Mai 2004: Klausurtagung der Arbeitnehmergruppe in Berlin

7. Juni 2004: Öffentliche Anhörung der Arbeitnehmergruppe zur beruflichen Bildung in Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen!



Eine halbe Million Menschen haben eine Woche vor Ostern in ganz Deutschland gegen Sozialabbau demonstriert. Auch wenn wir im Einzelnen nicht mit ihren Forderungen übereinstimmen - wir tun gut daran, den Protest ernst zu nehmen.

**Millionenabfindungen und üppige Gehaltserhöhungen für Manager – klar, dass die Menschen wütend sind, wenn gleichzeitig Renten gekürzt, Arbeitnehmerrechte abgebaut und Sozialleistungen gestrichen werden!**

Und dennoch: Viele Reformen müssen sein, auch wenn sie nicht populär sind. Dabei muss es aber gerecht zugehen: Politiker und Wirtschaftsführer dürfen nicht dem Volk Wasser predigen und selbst Wein trinken.

Und die Politik muss verlässlich sein. Sie darf den Bürgern nicht vor den Wahlen vorgaukeln, es könne alles bleiben wie es ist, und nach den Wahlen tief greifende Reformen umsetzen. **Genau das ist – neben den handwerklichen Fehlern – das Kernproblem der rot-grünen Koalition. Viele Menschen fühlen sich von Schröder und Co. getäuscht – zu Recht!**

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Euer/Ihr

Gerald Weiß MdB

Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Arbeitnehmergruppe trifft mit Prof. Dr. Horst Köhler zusammen



Dr. Ralf Brauksiepe MdB, Gerald Weiß MdB,  
Prof. Dr. Horst Köhler

**Die Arbeitnehmergruppe ist mit Prof. Dr. Horst Köhler, dem Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, zusammengetroffen.**

Dabei standen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch der Entwicklungspolitik im Mittelpunkt.

Dazu Gerald Weiß MdB:

„Professor Köhler ist nicht nur ein exzellenter Ökonom, sondern sein Mann mit einem feinen Gespür für soziale Anliegen. Seine wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Überzeugungen fußen auf einem klaren ethischen Fundament. Es ist ein Glücksfall für Deutschland, dass Prof. Köhler sich für das Amt des Bundespräsidenten zur Verfügung stellt.“

## Kleine Anfrage soll rot-grüne Doppelzüngigkeit entlarven

### „Wandel der Arbeitswelt und Modernisierung des Arbeitsrechts“

Rot-Grün muss Farbe im Arbeitsrecht bekennen. Vor der letzten Bundestagswahl haben insbesondere die Sozialdemokraten die Union für das beschimpft, was sie nun selbst – wenn auch vielfach handwerklich unzulänglich - umsetzen. Und dieser Kurs setzt sich fort: Noch immer mimt die SPD gern die Gralshüterin der Arbeitnehmerrechte, gleichzeitig will sie bei der Wirtschaft als reformfreudig gelten. Doch so wenig sich die umweltpolitischen Vorstellungen Wolfgang Clements mit den Plänen Jürgen Trittins vertragen, so wenig passen auch die unterschiedlichen Aussagen aus den Reihen der Koalition zum Arbeitsrecht zusammen.

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Bundesregierung dazu bringen, Farbe zu bekennen.** Will die Regierung nun noch Gesetzesänderungen zugunsten betrieblicher Bündnisse für Arbeit – oder schließt sie diese definitiv aus? Vergrößert eine Lockerung des Kündigungsschutzes die Chance der Arbeitslosen, einen Job zu finden – wie es der Wirtschaftsminister jetzt sagt? Oder ist das „zynisch und unsozial“, wie der Kanzler kurz vor der Wahl meinte? Diese und andere Fragen sind Inhalt einer Kleinen Anfrage, die die Fraktion auf Initiative der Arbeitnehmergruppe an die Bundesregierung gerichtet hat.

**Dazu Gerald Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe:** „Wenn die Koalition ihre eigene aktuelle Politik nicht diskreditieren will, muss sie zugeben: Wir haben CDU und CSU im letzten Wahlkampf zu Unrecht beschimpft. Denn es kann nur eines richtig sein: Entweder das, was der Kanzler auf dem DGB-Bundeskongress kurz vor der Wahl 2002 gesagt hat – oder das, was er heute macht.“

## **Auch „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ ist Thema**

Weiteres Thema der Kleinen Anfrage der Fraktion: Die „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“. Ist es tatsächlich so, dass der Anteil derer, die über einen unbefristeten Vollzeitarbeitsplatz verfügen, immer kleiner wird, während sich immer mehr in „prekären“ Beschäftigungsverhältnissen befinden? Und wie sieht es mit der Tarifbindung von Unternehmen in Deutschland, nicht zuletzt in Ostdeutschland, aus? Sind die Tarifvertragsparteien überhaupt noch in der Lage, effektiv Mindestarbeitsbedingungen durchzusetzen? Wie steht die Bundesregierung zu Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn? – All das möchte die Unionsfraktion von der rotgrünen Bundesregierung wissen. Schließlich erkundigt sich die Fraktion in der Kleinen Anfrage auch danach, welche Beschäftigungseffekte nach den Informationen der Bundesregierung von den jüngsten Änderungen im Arbeitsrecht (Teilzeit- und Befristungsgesetz, Kündigungsschutzgesetz) ausgegangen sind.

*Der Wortlaut der Kleinen Anfrage ist im Büro der Arbeitnehmergruppe erhältlich.  
(Oder auf der Internet-Seite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de) – Dort den Button „Initiativen“ anklicken.)*

## **Widersprüchliche Aussagen von SPD-Politikern zum Arbeitsrecht** **Traut den Genossen nicht!**

**Egal, wie man zu den Änderungen im Arbeitsrecht steht: Die Sozialdemokraten haben ihre Glaubwürdigkeit als Vorkämpfer für Arbeitnehmerrechte vollends verspielt.** Zu groß sind die Unterschiede zwischen Wahlkampfparolen und Regierungshandeln, zu offensichtlich ist der Bruch von Wahlversprechen. Was auch immer die Genossen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern noch versprechen – trauen kann man ihnen nicht mehr. Allzu oft haben sie gezeigt, dass bei ihnen heute schon nichts mehr wert ist, was gestern noch für sakrosankt erklärt wurde.

### Einige Beispiele:

- Vor der Wahl: Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2002 bezeichnete der Bundeskanzler die von der Union ins Auge gefasste Einschränkung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch als „zynisch und unsozial“. Nach der Wahl: Einschränkung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer. Durch die von Rot-Grün zum 1. Januar 2003 vorgenommene Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes können de facto Arbeitnehmer ab 50 bis zur Rente ohne Kündigungsschutz eingestellt werden – gewollte Folge der Erweiterung der Befristungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Vor der Wahl: Der Bundeskanzler auf dem DGB-Bundeskongress am 29. Mai 2002: „Wir alle wissen, dass eine Einschränkung des Kündigungsschutzes niemandem etwas bringt. Und schon gar nicht neue Arbeitsplätze.“ Nach der Wahl: Aussage des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, in der Financial Times Deutschland vom 17. Januar 2003: „Der verminderte Kündigungsschutz in Betrieben bis zu fünf Mitarbeitern führt dazu, dass diese Kleinstunternehmen nicht mehr Leute einstellen als fünf.“ Und dann zum 01. Januar 2004: Änderung des Kündigungsschutzgesetzes.
- Vor der Wahl: Der Bundeskanzler auf dem DGB-Bundeskongress am 29. Mai 2002: „Diese Tarifrunde hat erneut die Stärke der Tarifautonomie bewiesen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände brauchen keine Einmischung von außen.“ Nach der Wahl: Der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003: „Ich erwarte also, dass sich die Tarifparteien auf betriebliche Bündnisse einigen, wie das in vielen Branchen bereits der Fall ist. Geschieht das nicht, wird der Gesetzgeber zu handeln haben.“

## **Hartz-Reformen gescheitert: Flops statt Jobs**

**Typisch Schröder: Eine Kommission, etwas Glanz, etwas Glamour, vor allem viel Scheinwerferlicht und noch mehr Medienaufmerksamkeit – so startete vor gut zwei Jahren, ein halbes Jahr vor der letzten Bundestagswahl, die Hartz-Kommission.** Die Vorstellung des Abschlussberichts im Französischen Dom geriet schon beinahe zur Krönungsmesse. Und was hatte des Kanzlers Geheimwaffe Dr. Peter Hartz nicht alles in Aussicht gestellt: massenhaft Arbeitsplätze, eine schnelle Vermittlung von Arbeitslosen, ja eine Halbierung der Arbeitslosigkeit.

Das Einzige, was wirklich zur Erfolgsstory wurde, ist die Neuregelung der Minijobs – und die geht auf eine Initiative der Union zurück. Ansonsten fällt die Bilanz der Hartz-Gesetze I und II, die im Dezember 2002 beschlossen wurden, düster aus. Pleiten, Pech und Pannen. **Karl-Josef Laumann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der Unionsfraktion, hat die Fakten in einem Bundestagsantrag, den die Fraktion Anfang März 2004 beschlossen hat, zusammengestellt.** Auszüge aus dem Antrag:

- **Die Personal-Service-Agenturen (PSA), das „Herzstück“ der Hartz-Vorschläge, erweisen sich als teurer Totalausfall.** Die Bundesregierung hatte versprochen, dass allein durch dieses Instrument bis zu 500.000 Menschen eine befristete Beschäftigung und jährlich bis zu 350.000 Arbeitslose einer dauerhafte sozialversicherungspflichtige Tätigkeit finden würden („Klebeeffekt“). Bis heute haben gerade einmal 7.700 Vermittlungen in Beschäftigung stattgefunden – obwohl die Bundesagentur für Arbeit diese Maßnahmen mit bislang gut 230 Mio. Euro aus Beitragsmitteln subventioniert hat. Mit der Insolvenz der Firma Maatwerk ist jetzt sogar jede fünfte PSA in Deutschland mit rund 10.000 PSA-Teilnehmern pleite gegangen. Weitere PSA-Insolvenzen sind zu erwarten.
- **Weitere 500.000 Arbeitslose sollten nach den Hartz-Plänen mit staatlichen Subventionen in „Ich-AGs“ den Schritt in die Selbständigkeit wagen.** Obwohl die Bundesregierung die für das erste Jahr sehr großzügig bemessenen Staatsmittel ohne jede Prüfung und mit vollen Händen ausgibt, haben bislang lediglich rund 100.000 Arbeitslose davon Gebrauch gemacht. 400.000 weniger als von der Bundesregierung erwartet. Ab diesem Sommer – wenn die Subventionen erstmals reduziert werden – wird sich zeigen, wie viele von diesen Kleinstgründern auf dem freien Markt überhaupt bestehen können.
- **Drittens sah das Hartz-Konzept den Aufbau eines „Job Floaters“ vor.** Dieses Instrument ist seit dem 1. November 2002 unter dem Titel „Kapital für Arbeit“ von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf den Weg gebracht und seit März 2003 auf die Einrichtung von Ausbildungsplätzen ausgeweitet worden. Anstatt der von der Hartz-Kommission versprochenen durchschnittlich 120.000 neuen Arbeitsplätze pro Jahr hat die KfW bis heute lediglich knapp 11.500 Vollzeitarbeitsplätze und rund 1.100 Ausbildungsplätze mit einem Mittelvolumen von rund 837,4 Mio. Euro subventioniert. Das ist weniger als zehn Prozent des versprochenen Beschäftigungseffektes und eine im Umfang skandalöse Subvention pro Arbeitsplatz von fast 73.000 Euro.

## Der dritte Angriff auf die Eigenheimzulage

Mit großem Pomp war die Regierungserklärung des Kanzlers gut ein Jahr nach seiner Agenda-2010-Rede angekündigt worden. Doch wer auf neue Ideen und Initiativen gehofft hatte, sah sich enttäuscht. Bekenntnis zum neuen Bürokratie-Monstrum Ausbildungsplatzabgabe, wolkige Innovationsrhetorik – das, was man von Rot-Grün kennt. Und einmal mehr verfrühstückte der Bundeskanzler die Eigenheimzulage. Diesmal will er sie zugunsten von Investitionen in Forschung und Bildung abschaffen. Inzwischen hat das Bundesfinanzministerium mitgeteilt, den Bundeshaushalt 2005 plane man bereits ohne Eigenheimzulage.

Dazu die Arbeitnehmergruppe:

„Sinn der Eigenheimzulage ist es vor allem, die Menschen bei der Bildung von Eigentum zu unterstützen. Es ist nicht in erster Linie ein wohnungspolitisches, sondern ein vermögenspolitisches Instrument. Man kann ja über Veränderungen der Eigenheimzulage nachdenken. Wenn die SPD sie aber ganz abschaffen will, zeigt sie, wie eigentumsfeindlich sie eingestellt ist! Besonders schlimm: Rot-Grün will die Zulage nur zum Stopfen von Haushaltslöchern verwenden. Veränderungen wären aber allenfalls im Zusammenhang mit einer großen Steuerreform akzeptabel – und auch dann nur, wenn bauwillige Familien weiterhin in irgendeiner Form unterstützt werden.“

Die jüngste Ankündigung der Bundesregierung, die Zulage zu streichen, ist der dritte Angriff der Koalition auf die Eigenheimförderung in gerade einmal eineinhalb Jahren. Den ersten Angriff kurz nach der Bundestagswahl 2002 hat die Union im Bundesrat abgewendet. In der zweiten Runde im Vermittlungsausschuss Ende letzten Jahres konnten CDU und CSU durchsetzen, dass die Zulage – wenn auch auf niedrigerem Niveau und mit einheitlicher Förderung von Neu- und Altbauten – bleibt.

Nun blasen Kanzler und Finanzminister erneut zur Attacke auf die Eigenheimförderung. Es ist aber nicht nur für die Baubranche eine Katastrophe, wenn die Zulage im Halbjahrestakt erneut zur Disposition steht - sondern auch für die Hunderttausende von Familien, die mit dem Gedanken spielen, ein Haus zu bauen oder eine Wohnung zu kaufen,

Die Bildung von Wohneigentum ist eine langfristige Entscheidung – eine Lebensentscheidung. Deshalb müssen die staatlichen Rahmenbedingungen in diesem Bereich verlässlich bleiben. Über ein Jahr ist um die Förderung gerungen worden, anschließend hat es einen Kompromiss gegeben. Darauf müssen die Bürgerinnen und Bürger nun bauen können!“

### **IG BAU läuft Sturm: 80.000 Jobs gefährdet!**

**Die Gewerkschaft Bauen–Agrar–Umwelt (IG BAU) befürchtet den Verlust von 80.000 Arbeitsplätzen im Baugewerbe, sollte die Eigenheimzulage ab 2005 gestrichen werden. IG-BAU-Chef Wiesehügel sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 6. April, mit der kompletten Streichung der Eigenheimzulage werde „auch noch das letzte Standbein der Bauwirtschaft, der Eigenheimbau“ abgewürgt. Und dann redet Wiesehügel, bis 2002 SPD-Bundestagsabgeordneter, Klartext: Rot-Grün traue sich offenbar nicht an den echten Subventionsabbau in anderen Bereichen heran. Deshalb solle die Baubranche zum „Sparopfer der Nation“ gemacht werden.**

Anhörung der Arbeitnehmergruppe am 7. Juni 2004 in Berlin

## Ausbildung, Weiterbildung, Lebenslanges Lernen

Die Arbeitnehmergruppe bereitet in Abstimmung mit den Fraktionsarbeitsgruppen Wirtschaft und Arbeit sowie Bildung und Forschung eine öffentliche Anhörung zur beruflichen Bildung vor. Dabei soll es insbesondere um die Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bzw. Arbeitslosen, aber auch um die berufliche Erstausbildung gehen. Die Anhörung findet statt am 7. Juni 2004 ab 11.00 Uhr in Berlin.

**Die Fraktions- und CDU-Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel MdB hat inzwischen ihre Teilnahme zugesagt. Sie wird zum Auftakt der Anhörung sprechen.**

Wer Interesse daran hat, an der Anhörung teilzunehmen, kann sich im Büro der Arbeitnehmergruppe melden (Tel.: 030 / 22773270 oder 22773408, E-Mail: [martin.kamp@cducsu.de](mailto:martin.kamp@cducsu.de))

### Zitat

**„Wir sind Einheitsgewerkschaften. Folglich können wir gar keinen Schulterschluss mit einer Partei vollziehen.“**

**DGB-Vorsitzender Michael Sommer** zu Franz Müntefering, der einen Schulterschluss zwischen SPD und Gewerkschaften angekündigt hat – zitiert nach IG-Metall direkt vom 31.03.2004

### **Argumentationspapier von Andreas Storm MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

## Rentenreform ist reine Farce

**Im letzten ArbeitnehmerReport haben wir umfassend über die Rentenpläne der rot-grünen Bundesregierung berichtet. Inzwischen ist die Rentenreform vom Deutschen Bundestag beschlossen worden – gegen die Stimmen der Union. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung der Unionsfraktion, Andreas Storm MdB, hat die rot-grüne Reform in einem Argumentationspapier bewertet. Hier ein Auszug:**

„Nach dem Desaster der vermeintlichen Jahrhundertreform aus dem Jahr 2001 unter dem damaligen Bundesarbeitsminister Walter Riester ist auch die Rentenreform 2004 unter der Verantwortung von Ulla Schmidt zum Scheitern verurteilt. Die Reform ist Stückwerk und wird wirkungslos verpuffen. Um die Zustimmung der linken Abweichler in der SPD-Fraktion zu erhalten, hat Rot/Grün einen faulen Kompromiss geschlossen. Die Reformbotschaft von Rot/Grün lautet: Wir sichern im Jahr 2030 einen Rentenbeitrag von 22% und ein Rentenniveau von 46%. Beide Zielvorgaben zusammen zu erreichen, funktioniert aber nicht. Das wissen alle Beteiligten, und dennoch hat Rot/Grün das RV-Nachhaltigkeitsgesetz am 11.3.2004 mit ihrer Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen. Damit werden die Menschen bewusst über den Zustand der gesetzlichen Rentenversicherung getäuscht. Es werden Gewissheiten vorgespiegelt, wo keine sind. Mit Verantwortung, Vertrauen, Zukunftsorientierung und Zuversicht, die nach Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung am 25.3.2004 wesentliche Anforderungen einer Reform sind, hat die rot/grüne Rentenreform überhaupt nichts gemein.“

*Wer nähere Informationen zur Rentenreform haben möchte, kann sich im Büro der Arbeitnehmergruppe melden (Tel./Mail siehe oben auf dieser Seite).*

## Diskussion im Managergehälter

# „Maß und Mitte“

**Vielen Firmen geht es auch deshalb schlecht, weil die Führung Fehler gemacht hat. Wenn gleichzeitig Bezüge überdurchschnittlich steigen, zerstört das öffentliches Vertrauen**

## **Von Friedrich Merz MdB**

### **Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

In einigen Tagen beginnt für börsennotierte Aktiengesellschaften die Zeit im Jahr, die ihnen in der Summe die größte öffentliche Aufmerksamkeit verleiht: Bis auf wenige Ausnahmen werden die Dax-Gesellschaften zwischen Anfang April und Mitte Juni ihre Hauptversammlungen abhalten. Zuerst sind dort die aktienrechtlichen Pflichten zu erfüllen. Die öffentliche Wahrnehmung konzentriert sich gleichwohl auf die Zukunftsperspektiven und die handelnden Akteure in den Vorständen und Aufsichtsräten. In zum Teil monatelanger Kleinarbeit bereiten sich die Verwaltungen der Unternehmen auf dieses Ereignis ebenso akribisch vor wie die Fonds und die Banken als Aktionäre und Aktionärsvertreter, die Schutzvereinigungen und die bekannten Vielredner.

In diesem Jahr aber ist manches anders. Im Jahr des Mannesmann-Prozesses dürfte die Frage nach der Bezahlung der Manager, den Rechten und Pflichten der Aufsichtsräte und dem Kodex einer Corporate Governance im Vordergrund stehen. Selten war die öffentliche Meinung so gegen „die“ Manager gerichtet, allenfalls vergleichbar mit dem notorischen Vorbehalt im Land gegen „die“ Politiker.

Wir Politiker sollten trotz der Übertreibung, die in der allfälligen Kritik immer mitschwingt, das grundlegende Misstrauen der Bevölkerung ebenso ernst nehmen wie die führenden Manager in Deutschland. Es macht sich mehr breit als nur allgemeiner Unmut. Viele Bürger begegnen der politischen und der unternehmerischen Führungselite mittlerweile mit offener Verachtung. Es gibt eine zunehmende Vertrauenskrise im Grundsätzlichen, die eine andere Qualität bekommt als das bisherige Auf und Ab des Meinungspegels.

Diese Vertrauenskrise kann ganz schnell in eine Akzeptanzkrise des gesamten politischen und marktwirtschaftlichen Systems umschlagen. Im Westen der Republik, in den so genannten alten Bundesländern, antworten auf die Frage: „Trauen Sie Demokratie und Marktwirtschaft zu, die Probleme unseres Landes zu lösen?“ gerade noch gut die Hälfte mit Ja. Im Osten, in den neuen Ländern, nur noch jeder Vierte!

Das Wort vom ungebremsen, neoliberalen Turbokapitalismus erfreut sich in allen Bevölkerungskreisen größerer Zustimmung. Und wenn der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages die deutschen Unternehmen des Mittelstandes in diesen Tagen dazu aufruft, im Ausland zu investieren, dann versteht das kaum jemand als Beitrag, Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten. Die meisten unbefangenen Leser verstehen es als Aufruf zur Flucht aus Deutschland, allein um den eigenen Profit zu erhöhen. Die Gesamtzusammenhänge werden einfach nicht erklärt. Zurück bleibt bestenfalls eine tiefe verunsicherte Bevölkerung, wahrscheinlicher ist, dass die vorhandene Abneigung bis hin zur Aggressivität gegen die etablierten Institutionen weiter zunimmt.

Deshalb sind die Vorstände der deutschen Unternehmen gut beraten, die Saison der Hauptversammlungen zu nutzen, um die eigene Verantwortung für das Unternehmen besonders herauszustellen, Fehler und Fehleinschätzungen zuzugeben und vor allem Maß und Mitte in den eigenen finanziellen Angelegenheiten zu bewahren. Vielen Unternehmen in Deutschland geht es auch deshalb finanziell schlecht, weil die Führung im Wortsinn kapitale Fehler gemacht hat. Wenn gleichzeitig bekannt wird, dass trotzdem die Bezüge überdurchschnittlich steigen und Verträge vorzeitig und unter Umgehung des Aktienrechts verlängert werden, wird öffentliches Vertrauen zerstört, das die Gesellschaft gerade jetzt dringend braucht. Unternehmen zu führen ist zuerst eine ökonomische Aufgabe, gewiss nicht zuletzt aber auch eine moralische mit überdurchschnittlichen Ansprüchen an die Integrität des Führungspersonals. Und je größer die Unternehmen sind, umso größer ist die gesellschaftspolitische Verantwortung, die die Führungsmannschaft über das eigene Unternehmen hinaus trägt.

Damit kein Missverständnis entsteht: Den Vorständen sei eine ordentliche, überdurchschnittliche Bezahlung nicht nur gegönnt. Sie entspricht der Aufgabe, die sie im Unternehmen tragen. Über die Höhe entscheiden Aufsichtsräte, die zuerst die Interessen der Aktionäre wahrzunehmen haben. Und es gibt nicht den „gerechten“ Lohn, den irgendjemand allgemeinverbindlich festlegen kann. Auch persönliches Entgelt entspricht immer zuerst den Marktverhältnissen.

Zu hohen Bezügen passt die Trickserei mit den Vorstandsverträgen aber ebenso wenig wie Aktienoptionsprogramme, die von der Wertentwicklung der Firma losgelöst sind. Hohe Bezüge sind Entgelt für überdurchschnittliche Leistung und Risikoprämie zugleich. Ein Risiko kann sich auch realisieren. Dann muss man dazu stehen und die Verantwortung für Fehlentscheidungen übernehmen. Und in der Verantwortung stehen nicht zuletzt die Gewerkschaften und ihre Vertreter in den mitbestimmten Aufsichtsräten, ohne deren Zustimmung dort nichts entschieden wird.

*Der Namensartikel von Friedrich Merz wurde veröffentlicht in der Financial Times Deutschland vom 23.03.2004.*

## **Katherina Reiche MdB und Uwe Schummer MdB:**

# Ausbildungsplatzabgabe wird scheitern

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Katherina Reiche MdB, und der zuständige Berichterstatter im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Uwe Schummer MdB, erklären:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Berufsbildungsnovelle vorgelegt, die es Betrieben erleichtert, Ausbildungsplätze zu schaffen und die jungen Menschen wieder mehr Chancen gibt, eine ihren Begabungen gemäße Ausbildung zu erhalten. **Die rot-grüne Ausbildungsplatzabgabe ist nicht die richtige Antwort auf die Lehrstellenmisere. Sie wird scheitern, denn sie ist ein bürokratisches Monstrum, das die Wirtschaft belastet, das duale System der Berufsausbildung schwächt und in die Verstaatlichung der Ausbildung führt.**

Viele Berufe sind zu theorielastig, praktisch Begabte verlieren den Anschluss. Deutschland ist das einzige Land mit einer dreijährigen Ausbildungsdauer für den Beruf des Tankwartes. Gebraucht wird eine grundlegende Modernisierung des Berufsbildungsrechtes. Unser Gesetzentwurf enthält ein Bündel von Maßnahmen, deren Umsetzung der dualen Berufsausbildung neuen Glanz geben wird.